

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Mühlendamm Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.  
Postfach-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Mühlendamm Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Bestellschuld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 30.

Berlin, den 23. Juli 1911.

12. Jahrgang.

**Kollegen, führt die angeordnete Kontrolle der Mitgliedsbücher allerorts energisch und korrekt durch.**

## „Freiheitliche“ Kapitalauffassung.

Weist wird uns mit mehr Oberflächlichkeit als Sachkenntnis bezichtigt, der Kapitalismus sei ein Produkt des Liberalismus. So mechanisch hängen aber doch Wirtschaftsentwicklung und Philosophie nicht zusammen. Es gab Vorboten dessen, was wir heute Liberalismus (nicht parteipolitisch) nennen, bevor es einen eigentlichen Kapitalismus gegeben hat und dieser wiederum setzte in einer Zeit ein, wo der Bruch der Wissenschaft mit der Sozial-, Staats- und Rechtslehre noch keineswegs vollzogen war. Wahrscheinlich haben wir es mit einer Art von Parallelscheinungen in der Wirtschafts- und der Geisteswelt zu tun, haben und drüber aber oft recht gewaltsame und radikale, aber lang vorher unbewußt vorbereitete Umsturz bisher gültiger Wahrheiten und Vorschriften sowie Rechtsauffassungen. Der Übergang von der zünftigen Gebundenheit zu kapitalistischer freier Konkurrenz war unstreitig ein Rechtsbruch, eine Gesetzwidrigkeit, und diese suchte naturgemäß nach Deckung in irgendeiner Weltanschauung, die den Herrenmenschen souverän und schrankenlos frei erklärte. Insofern hat der Liberalismus allerdings den Kapitalismus gefördert, dieser jedoch auch wiederum den Liberalismus, denn mancher, der seine Kunst hinterging, als Großkaufmann mit unerlaubten Heimarbeitbetrieben oder als offen konkurrierender Besitzer einer zunftwidrigen Manufaktur, wurde eben durch dies autonom-rechtswidrige Vorgehen vom Anarchisten im Wirtschaftslieben auch zum religiösen und ethischen Nihilisten. Wenn wir somit auch Kapitalismus und Liberalismus nicht in wirtschaftlichen Zusammenhang miteinander bringen möchten, so scheinen sie uns doch in sehr intimer Wechselbeziehung zu stehen.

Der Liberalismus predigte auch stets größtmögliche Freiheit, Freiheit des Wettbewerbs, Freiheit des Handels, Freiheit des Arbeitsvertrags. Praktisch zeigte sich dabei, daß dies für den Großen die Ausbeutungsmöglichkeit dem Kleinen gegenüber einräumte, also eine allerdings modern reformierte Sklaverei förderte, während es dem Kleinen, Schwachen die zweifelhaft begehrenswerte Freiheit des Unterdrückten, ja, Verhungerns bot. Ein offen anti-charitativer Zug geht durch den aufrichtigen Liberalismus, gleichviel ob er sich gegen die Wohltätigkeit des Christentums oder die staatlichen Bestrebungen auf Schutz der bedürftigen, bedrohten Volksklasse wendet. Der Mensch ist zwar Mittelpunkt des Liberalismus, allein seine Weltanschauung der ungebundenen Freiheit hat dem Menschen den innersten Wert der ewigen Berufung stark beeinträchtigt. So kann dann leicht ein Mensch das Werkzeug eines anderen werden, und in die Menschen-Gesellschaft wird der tierische Daseinstampf hineingetragen in dem nicht innerer Wert, sondern äußere Stärke entscheidet. Was aber macht im Zeitalter des Kapitalismus äußerlich stark? Nicht mehr die Arbeit, die ist ja hinter andere Produktionsfaktoren zurückgetreten und Nichtarbeitende sind Gebieter über Tausende von Fleißigen geworden, wohl aber das Kapital. So kann sich der doktrinaire Liberalismus in der Bewunderung des Kapitals und des kapitalistischen Herrenmenschen nicht genug tun. Auf einfache Arbeiter mit gesunden Sinnen muß es merkwürdig erbärmlich wirken, wenn sie hören und lesen, wie liberale Gelehrte die Apologie des Kapitals fast mit demselben Eifer betreiben, mit dem andere für die Existenz Gottes und die Würde der menschlichen Persönlichkeit streiten. Es ist vielfach zu einem modernen Mannmannsdienst gekommen, der die ganze Geistlosigkeit und Verödung einer gottentfremdeten Philosophie verrät.

Im frommen Mittelalter galt die Arbeit alles, im Gewerbeleben, wo sogar der Handel als unsittlich auf das nötige Mindestmaß beschränkt und das Zinsnehmen vom Kapital verworfen war, weil totes Geld kein Geld gebären könne, im Recht, wo jedes arbeitslose Einkommen kanonisch unmöglich gemacht wurde, und im öffentlichen Leben, wo der Ehrenplatz dem Handwerker in seiner Eigenschaft als Gewerbeangehöriger zukam. Wer kennt nicht die mittelalterliche Prozession mit den Zünften, die die Embleme ihres Berufs stolz durch die Straßen tragen? Und heute! Die Arbeiter sind als „Hände“ in den Dienst der Maschinen gestellt, lebendige Anhängsel der viel wertvolleren eisernen Produzenten. Die Güterherstellung zur Bedarfsdeckung ist Nebenache, Hauptzweck der spekulative Handel zur persönlichen Bereicherung. Mit möglichst wenig Arbeit will man möglichst viel Geld erzeugen, da Geld das fruchtbarste aller Dinge geworden ist. Gesetz und Recht schützen die Kapitalverwertung und sanktionieren den Zins, der einst für unmoralisch galt. Kultur und Politik stehen unter starkem Kapitaleinfluß, schwierige Hände und arbeitsbesetzte Kleider werden aber nicht gern gesehen. Daß die menschliche Persönlichkeit vom Kapitalismus fast zermalmt wird, daß die schlichte Arbeit weniger geehrt ist als die groß-

zügige Spekulation, daß der arme Mann in materieller Abhängigkeit und sozialer Bedrückung vielfach noch leben muß und auch nicht immer und überall den nötigen Schutz der höheren Gewalt genießt, daran trägt schon der Liberalismus mit seiner Kapitalapologie einen guten Teil der Schuld.

Außer der unstreitigen Notwendigkeit des Kapitals, die auch wir anerkennen, und abgesehen vom Hinweis auf die volkswirtschaftlich kulturelle Bedeutung desselben, dem wir uns gern anschließen, weiß der Liberalismus nichts zugunsten des Kapitals zu sagen. Das Christentum mit seinen scharfen Rechts- und Moralbegriffen hätte sogar mehr Argumente für die Rechtmäßigkeit des heutigen Kapitalbesitzes, würde diesen allerdings auch gleich eine Fülle von sie einschränkenden Verpflichtungen hinzufügen müssen, die den Kapitalisten nötigen, den Mitmenschen mehr als den eigenen Besitz und das Ewige im Menschen mehr als die irdische Machtentfaltung zu werten. Das Christentum sagt „ja“ zum Kapitalismus, macht ihn aber höheren und höchsten Zwecken dienbar, die über den Vorteil des einzelnen Besitzers die Gesamtwohlfahrt und das geistig sittliche Emporsteigen aller stellen. F. I.

Der Himmel hängt voll Wolken schwer,  
Ich seh' das blaue Zelt kaum mehr;  
Doch über Wolken, hell und klar,  
Nehm' ich ein freundlich Auge wahr.

## Die internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden.

III.  
„Philosophie des Nichts!“ Ein Bild, einen alten Trinker darstellend, der vor den verjüngten Säulen eines Gasthauses steht, beide Hände in den Hosentaschen. Was stiert er so finster in den Schnee? Denkt er an ferne glücklichere Zeiten oder an seine leeren Taschen? —  
In den weiten Hallen und Anlagen der Ausstellung klingen lustig die Gläser, fröhliche Menschen trinken sich zu, manchem mögen die Gläser zu klein und zu teuer vorkommen. Manchem davon aber auch mag ein bitterer Tropfen in das geliebte Maß geflossen sein, der unangenehme Bilder vor ihm hinzubereitet. Gewiß! Und zwar dem, der sehen und — denken kann. Ein paar Schritte nur trennen uns von den Räumen der Ausstellung, die ein so düsteres und zu ernstem Nachdenken veranlassendes Bild uns vor die Seele führen — die schlimmen Folgen des Alkohols; wirtschaftlicher, Leiblicher und geistiger Art. 3600 Millionen Mark gibt das deutsche Volk alljährlich für Bier, Branntwein und Wein aus. Für den anderen Teil der „geistigen Ernährung“, die Volksschule, nur 524 Millionen. Das entbehrt nicht des bitteren Spottes. Die jährlichen Ausgaben des Reiches belaufen sich auf 3591 Millionen. Zu Krankheiten und Verbrechen stellen die Trinker das größte Kontingent. Damit nicht genug! Die Kinder müssen die Sünden der Väter büßen — erblich belastet, geistig minderwertig, vielfach wieder die Vermehrter der Zuchthäuser. Wer auch den nächsternen Menschen über die Trinker große Lasten auf. Nach einer Feststellung der Leipziger Ortskrankenkasse entfallen auf 100 Trinker 123 Erkrankungen, auf 100 andere Arbeiter nur 49. Ferner vermehrte Armenlasten, Irrenanstalten, Siechenhäuser. Von den im Alkoholgewerbe beschäftigten Arbeitern sterben durchschnittlich drei- bis viermal mehr an Herzkrankheiten. In Kiel entfallen auf 631 Personen eine Gastwirtschaft, in Berlin auf 165 und in Graubünden 6. Bayreuth auf 42. Und dann wird uns Schweden vorgeführt, das Land, welches vom ausgebeultesten Alkoholgeuß zur fortgeschrittensten Mäßigkeit überging. Mit dem Rückgang des Alkoholgeußes ein Sinken der wegen Trunkenheit Geistesgestörten und der Selbstmorde; andererseits ein rapides Steigen der Miltärfähigkeit und des Volkswohlstandes.

Erschütternd wirken die plastischen Darstellungen „Der Bahrtag“ von Jacopin-Paris und „Nächst dem Trunk“ von Professor Kampf-Berlin. Hier eine Mutter mit gramdurchdrungenem Gesicht und drei unschuldigen Kindern, das älteste sich schon zurückdrückend vor dem auf der Haustüre mit der Schnapsflasche zusammengebrochenen Vater. Dort ein abgehärmtes Kindergesicht mit den unschuldigen Kinderaugen, den Vater, der stieren Auges vor der Schnapsflasche steht, am Arme fassend und ihn ansehend, doch mit ihm und der Mutter, die ebenso abgehärmt im Hintergrund steht, nach Hause zu gehen. Können wir das nicht oft im Leben beobachten?

Wir nehmen gewiß nicht alles kritisch hin, wissen auch, daß die sozialen Verhältnisse manchen dem Alkohol in die Arme führen; ebenso aber auch, daß sehr viel gesündigt wird im Mißbrauch des Alkohols. Bekommt das nicht auch die Arbeiterbewegung zu verspüren? Erfreulicherweise ist in Deutschland der Alkoholverbrauch im Sinken, daß dieses anhält, dazu muß auch die christliche Arbeiterbewegung mit aller Kraft beitragen. Die Hygiene-Ausstellung mit ihrer äußerst geschickten Arrangierung kann gewiß sein, daß sie manches gute Samenfort streut, das draußen im Lande seine Früchte trägt.

Glücksbilder sozialer Uebelstände, menschlicher Unwissenheit und Unvernunft, und sittlicher Verfehlungen führen uns die Tuberkuloseabteilung und die der Geschlechtskranken vor. So sehr es uns auch lockt, können wir des Raumes halber nur einige Bemerkungen dazu machen.

Der Beruf ist auf die Tuberkulose von stärkstem Einfluß. Von 100 Sterbefällen entfallen auf Tuberkulose bei den Steinhauern 90, Metallschleifern 74, Drechsler 71, Zigarrenarbeitern 69, Metallbrechern 62, Glaschleifern 50, Sattlern 43, Webern 30, Radierern 15. Bei 200 Fällen entfielen 114 durch Ansteckung in der Familie, 50 auf der Arbeitsstelle, die übrigen durch andere Ursachen. Je größer die Wohnung, desto geringer die Erkrankungsgefahr. Deutschland steht an sechster Stelle der Tuberkulosesterblichkeit, England an letzter.

Ein überaus trauriges Kapitel bilden die Geschlechtskrankheiten, vor allem die schauerhaften Folgen der Syphilis. Für manchen jungen Mann ein lehrreicher Anschauungsunterricht. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Geschlechtskranken im Ruhrbergbau nach den Nachweisen der Knappschaftskassen von 278 in 1906 auf 427 in 1910 gestiegen sind. Eine große Gefahr für die Mitarbeiter. —

Aus der Gegenwart in die Vergangenheit. Die historische Abteilung, die uns die Geschichte der Hygiene vermitteln will, führt uns die lange Entwicklungsgeschichte der Menschen und Völker, ihr Leben und ihre Bedürfnisse vor. Von den Wohngruben über die Pfahlbauten zu unseren modernen — na sagen wir Mietkasernen. — Ach, da bin ich schon über den Mauerwerk des Ausstellungspalastes in jenen niedlichen Einfamilienhäuschen, die uns moderne Wohnungsreformer fit und fertig, mit innerer Ausstattung besetzt haben. Jeder Arbeiterfamilie ein solches Häuschen, aber — — — Noch bin ich ja in den Räumen der historischen Abteilung. Die kunstvollen Wasserbauten der alten Kulturvölker, der Ägypter, Griechen, Römer, ihre Wohnanlagen und Begräbnisstätten, wer sollte sich vor ihrer hohen Technik und Kunst nicht gefesselt fühlen? Mit ihren primitiven Mitteln haben sie uns große Vorbilder geschaffen, so manches aus der Gegenwart klingt dort an. Sie sind untergegangen, die alten Völker, im Strudel der Zeit, neues Leben aber erblüht heute noch aus ihren Werken.

Lust, Licht, Nahrung und Wohnung und Kleidung! Ohne diese Dinge ist menschliches Leben nicht denkbar. Nur ein Bild in die Gegenwart zeigt, wie der Kampf um den Anteil daran tobt, wie sich die Menschen darum reißen. Ist etwa zu leugnen, daß es nicht auch ein Uebermaß davon geben kann, ja teilweise schon gibt? Und das kann den Menschen genau so gefährlich sein, wie das Zuwenig. Verweichlichung, Ueberfättigung, sittlicher Niedergang waren die Untergangsgründe der großen Kulturvölker. Die vernünftige, zuträgliche Grenze zu finden, das ist der große Wurf, um den es sich handelt. Aber auch ohne Arbeit, und zwar angestrengte Arbeit kann der Mensch nicht sein, ohne körperlichen und sittlichen Schaden zu nehmen.

Was wir in unseren Artikeln gezeichnet haben, ist nur ein gelegentliches Hineinfassen in diesen oder jenen Teil. Manches davon ist nicht neu, ist uns bekannt. Es kommt aber nur auf die lebendige Art an, in der es uns die Ausstellung darbietet. Und sie bietet uns vor allem viel und gründlich. Aufnahmefähiger sind die Abteilungen der deutschen Arbeiterversicherung. Die ganze Ausstellung ist ein noch größeres für unsere deutsche Wissenschaft und die den hygienischen Ansprüchen dienende hochentwickelte Technik. Ist es nicht gleichsam ein Wunder, daß man mit Hilfe der Mikroskopie und der Schnellphotographie die weißen Blutkörperchen im Kampfe mit den Bakterien und Spirochaeten, diesen grimmigsten Feinden der Menschheit, im menschlichen Blute und im Lichtbilde vorführen kann? „Greif hinein ins volle Menschenleben, und wo du's faßt, da ist es interessant,“ das kann man auch auf die Internationale Hygiene-Ausstellung anwenden. Den Männern, die den Kampf zu diesem edlen Wettstreit der Kulturvölker gegeben haben, gebührt der Dank aller Deutschen. Wir sagen noch einmal: Worauf es nun ankommt, ist, daß ihre Lehren in die Praxis biete sie übergenug.

# Die neue Reichsversicherungsordnung.

## VIII.

Wir kommen nun zur Besprechung des sechsten Buches: Das Verfahren.

Das Buch gliedert sich in vier Gruppen. Die erste Gruppe handelt vom Feststellungsverfahren, d. h. die Vorschriften darüber, in welcher Weise die Leistungen festgestellt oder die Ablehnung von Ansprüchen erfolgt. Der Anspruch auf eine Leistung ist wie bisher zunächst bei dem Versicherungsträger geltend zu machen. Im Falle der Krankheit also Anmeldung bei der Kranken-, Knappschafts- oder Erntekasse. Wird von einer Krankenkasse der Anspruch ganz oder teilweise abgelehnt, so kann zunächst das Versicherungsamt, dann das Oberversicherungsamt zur Entscheidung des Streitfalles angerufen werden.

Anträge auf die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind an das Versicherungsamt zu richten; die Beweiskräfte sollen betrieuen. Zuständig ist das Versicherungsamt, in dessen Bezirke der Versicherte zur Zeit des Antrags wohnt oder beschäftigt ist.

Der Vorsitzende des Amtes ermittelt den Sachverhalt. Dabei kann der um Rente nachsuchende Berechtigte verlangen, daß das Gutachten eines von ihm benannten Arztes eingeholt wird; die Kosten hat er jedoch selbst zu zahlen. Schließlich wird die Sache vor dem Versicherungsamt, schließlich unter Zuziehung von je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in mündlicher Verhandlung begutachtet. Die Verhandlungen und das Gutachten wird der Versicherungsanstalt übermittelt. Der Vorstand derselben stellt nun die Leistungen fest. Er hat einen schriftlichen Bescheid zu erteilen. Wird der Anspruch abgelehnt, so ist dem Berechtigten von dem Gutachten des Versicherungsamtes auf Antrag kostenlos Abschrift zu erteilen. Ferner sind ihm auf Antrag Abschriften der Niederurkunden über die Berechnung von Zinsen und Sachverständigen sowie der ärztlichen Gutachten zu erteilen; die Kosten hat der Antragsteller vorher zu zahlen. Sämtliche Abschriften sind nur zu erteilen, soweit dies mit Rücksicht auf den Berechtigten zulässig erscheint. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig.

Bei der Unfallversicherung ist das Verfahren nicht so einfach; das Feststellungsverfahren ist gegen bisher erheblich verbessert. Zunächst ist jeder Unfall, wie bisher, bei der Ortspolizei und bei der zuständigen Berufsgenossenschaft anzumelden. Sodann kommt die Unfalluntersuchung. Wie bekannt, hängt die Gewährung von Rente oder deren Höhe vielfach davon ab, wie der Arzt den Unfallverletzten im Bezug auf die verbliebene Erwerbsfähigkeit einschätzt. Die Berufsgenossenschaften und auch andere Träger haben Betriebsärzte angestellt, die zumeist befreit sind, die Interessen ihrer Arbeitgeber mehr zu wahren, als die der Versicherten. Das ist oft beklagt worden. Nun hat der Reichstag hier Wandel geschaffen, das bisherige Verfahren ist verbessert worden. Bei der Unfalluntersuchung bzw. bei der Beweisaufnahme ist den Beteiligten Gelegenheit zur Teilnahme zu gewähren. Das Versicherungsamt als unparteiische Behörde kann dabei mitwirken. Hat der Träger, d. i. die Berufsgenossenschaft, einen Bescheid wegen der Höhe der Rente z. B. erteilt, so kann dagegen innerhalb eines Monats Einspruch erhoben werden. Dieser Einspruch begründet das Recht auf persönliches Gehör des Berechtigten. Er kann also seine Ansichten und seine Gründe gegen den Bescheid und gegen das ärztliche Gutachten persönlich vorbringen. Der Versicherungsträger ist nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung aber auch verpflichtet, den behandelnden Arzt zu hören. Das ist bisher in den wenigsten Fällen geschehen, und wenn, so galt das Gutachten des behandelnden Arztes meistens nicht soviel wie das des Betriebsarztes des Trägers. Auf Verlangen des Berechtigten ist auch ein anderer von ihm bezeichneter Arzt als Gutachter zu vernehmen. Die diesbezüglichen sehr wichtigen Bestimmungen lauten:

„Ist nicht schon durch die Versicherungsträger ein Arzt geholt worden, dem der Versicherte nach eigener Wahl seine Behandlung übertragen hat, so hat das Versicherungsamt auf den bei der Vernehmung zu stellenden Antrag des Versicherten das Gutachten eines bisher noch nicht geholten Arztes einzuholen, wenn das Gutachten nach Ansicht des Versicherungsamtes für die Entscheidung von Bedeutung sein kann.“

„Sollt der vom Versicherungsamt um sein Gutachten ersuchte Arzt die Erhaltung des Gutachtens ab, so ersucht das Versicherungsamt, ob und von welchem anderen Arzt ein Gutachten einzuholen ist.“

„Auf Verlangen des Berechtigten ist in allen Fällen, wenn er die Kosten im voraus entrichtet, ein von ihm bezeichneter Arzt als Gutachter zu vernehmen. Sollen diese Kosten im voraus nicht bestimmen, so kann das Versicherungsamt einen Fondsbeitrag als Sicherheitsleistung für diese Kosten erfordern.“

„Ist bei der endgültigen Festsetzung auf Grund des neuen Gutachtens eine Rente, die im Bescheid abgewiesen war, gewährt oder die im Bescheid festgesetzte Leistung erhöht worden, so sind dem Berechtigten die Kosten zu ersetzen, soweit es angemessen ist. Bei Streit über die Erstattung entscheidet auf Beschwerde des Oberversicherungsamtes endgültig.“

„Handelt es sich um einen Anspruch bei Änderung der Dauerrente, so findet die Berechnung des Berechtigten vor dem Versicherungsamt statt. Dem Versicherungsamt sind vom Träger die Vorverhandlungen vorzulegen. Bei der Berechnung kann der Verletzte oder Berechtigte erwachsene Angehörige oder andere geeignete Personen als Beisitzer zuziehen.“

„Schließlich wird ein Endbescheid erteilt. Dieser muß den Berechtigten erhalten, daß er rechtskräftig wird, innerhalb eines Monats dagegen Berufung beim Oberversicherungsamt zulässig ist.“

„Richtet sich die Berufung gegen einen Bescheid des Trägers der Unfallversicherung, dann sind dem Versicherungsamt die Unterlagen und das Gutachten des Versicherungsamtes schriftlich zu übermitteln. Das ist nicht ohne Bedeutung für die Verletzten, weshalb hat der Reichstag diese Bestimmung im Gesetz aufgenommen.“

Bei den Verhandlungen der Spruchkammern der Oberversicherungsämter wirken Beisitzer (Versicherungsvertreter) mit.

In Sachen der Unfallversicherung sollen außer der Reihe möglichst Beisitzer aus Angehörigen solcher Betriebe zugezogen werden, welche dem Unfallbetriebe technisch und wirtschaftlich nahe stehen. Dies muß geschehen, wenn es sich um Unfälle in der Landwirtschaft oder in Bergbau- und anderen Betrieben handelt, sofern Angehörige solcher Betriebe als Beisitzer bei dem Oberversicherungsamt vorhanden sind. Ausnahmen sind aus besonderen Gründen zulässig, die in den Akten zu vermerken sind.

Bestimmte, dem Oberversicherungsamt zur Entscheidung überwiesene Fälle, muß dieses dem Reichsversicherungsamt überweisen.

Der Rekurs beim Reichsversicherungsamt ist im Hinblick auf die Größe und Belastung des Amtes eingeschränkt worden. Trotz seiner 26 Senate sind jährlich Tausende von Rückständen zu verzeichnen. Das liegt nicht im Interesse der Versicherten, wenn sie so lange auf einen Entscheid warten müssen. Die endgültigen Entscheidungen sind also mehr den Oberversicherungsämtern, die an Stelle der jetzigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung treten, überlassen worden. Es muß betont werden, daß jeder Rentenbescheid, nach den Verhandlungen vor dem Versicherungsamt durch Berufung am Oberversicherungsamt angefochten werden kann. Der Rekurs zum Reichsversicherungsamt bleibt bestehen für die Frage, ob ein Betriebsunfall vorliegt oder nicht, sodann für die Bewilligung von Dauerrenten.

An Stelle des Reichsversicherungsamtes tritt das Landesversicherungsamt, wenn die rechtskräftige Entscheidung von einem Oberversicherungsamt erlassen ist, das im Bezirke des Landesversicherungsamtes seinen Sitz hat, oder die rechtskräftige Feststellung von einem Versicherungsträger getroffen ist, dessen Bezirk sich nicht über das Gebiet des Bundesstaats hinaus erstreckt.

Gegen die Urteile der Spruchkammern ist in Sachen der Krankenversicherung, sowie der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Revision zulässig, wie bisher in beschränktem Maße. Die Revision kann nur eingeleitet werden, wenn das angefochtene Urteil auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechtes oder auf einem Verstoße wider den klaren Inhalt der Akten beruht, oder das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet.

Soviel über das Verfahren. Unsere Gewerkschafter werden gut daran tun, die in Bearbeitung befindliche Broschüre darüber seinerzeit zu kaufen, damit sie vor Schäden bewahrt werden. Die bereits angekündigte Broschüre enthält populäre Anweisungen, wie man es anstellen muß, um auf dem Gebiete des Versicherungswezens zu seinem Rechte zu kommen.

# Rundschau.

„Weiddeutscher Arbeitgeberbund für das Bausewerbe.“ Der Arbeitgeberbund für das Bausewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten hat in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen, seinen bisherigen Namen in vorkommenden abzuändern. Ferner will er das Bundesgebiet in mehrere Kreisverbände abgrenzen, und zwar mit besonderen Geschäftsfstellen. Die Namensänderung sieht fast wie eine Kriegserklärung an den Bergischen und an den Rheinischen Arbeitgeberbund i. d. B. aus.

„Freiwerkschaftliche Parteilagitation.“ Vom angeblich „neutralen“ freien Gewerkschaftsrat Hannover wurden an die Eichsfelder Bauarbeiter, auch an christlich-organisierte, Einladungen folgenden Inhalts geschickt: „Lieber Kollege!“

Wir laden hierdurch zu einer Versammlung der Eichsfelder Kollegen auf Mittwoch, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, nach dem Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 11, 1. Etage, ein. In dieser Versammlung wird der Gewerkschaftssekretär Mey einen Vortrag über „Die nächsten Reichstagswahlen“ halten. Wir erwarten, daß sich alle Kollegen rechtzeitig einfinden werden. Besten Gruß

Der Referent Mey ist sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Göttingen-Duderstadt. Durch Mißbrauch der Gewerkschaften sollen ihm die Wähler zugetrieben werden. Und trotz alledem „neutral“!

Der „Tabak-Arbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Tabakarbeiterverbandes, berichtet in seiner Nr. 21, 1911 aus der Zahlstelle Folgendes: „Unter Verschiedenes wurde beschlossen, daß jedes Mitglied zur Delegatation einen Ertrarbeitstag von 50 Pfennig bezahlen soll.“

Dasselbe freie Gewerkschaftsblatt wie die Agitatoren dieses Verbandes werden aber nicht müde, unter der Neutralitätsmaske Mitgliedererwerb zu betreiben. Feuchtertippe!

Der neue Generalinspektor der Rheinlande, Herr Dr. Christian Fagge, ist seit langem als Freund der christlich-nationalen Arbeiterbewegung bekannt. — Der Mitteldeutsche Verband evangelischer Arbeitervereine hat in letzter Zeit einen starken Aufschwung zu verzeichnen. Bei der Jahresstagung in Halle, bei der Herr Dr. Fagge die Festpredigt hielt, konnte mitgeteilt werden, daß 11 neue Kreise sich angemeldet haben und zwei Arbeitersekretäre neu angestellt wurden. — Der sächsische Provinzialparlament für Junere Witten verhandelte bei seiner Sitzung am 21. Juni in Halle über die „entscheidende Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“.

Riesenarbeitskämpfe in den skandinavischen Ländern. In Norwegen ist ein großer Kampf ausgebrochen, der bisher zur Aussperrung von ca. 20000 Arbeitern geführt hat und sich allmählich auf sämtliche Arbeiter des Landes, 65000 an der Zahl, ausbreiten soll. Der Grund liegt in Lohnunterschieden, der ursprünglich zu einem Streik der Grubenarbeiter führte, aus dem sich allmählich die Aussperrung entwickelte. Infolge der starken Opposition der Presse gegen die Unternehmer dürfte es jedoch zu einem allgemeinen Kampfe kaum kommen. — In Schweden wurden ca. 40000 Bauarbeiter ausgesperrt. Vorausgegangen waren Verhandlungen hatten kein Ergebnis. Die von dem Regierungsvorstand gemachten Vermittlungsvorschläge wurden von den Bauarbeitern angenommen, von den Arbeitern aber abgelehnt, worauf die Aussperrung einsetzte. Die Arbeitgeber Schwedens stehen eben auch auf dem Boden des Klassenkampfes wie die hiesigen Gewerkschaften,

die noch enger mit der Sozialdemokratie verbunden sind wie in Deutschland. Die traurigen Resultate kann man auch sehen.

„Petition um Einführung der Arbeitslosenversicherung.“ Das Petition der christlichen Gewerkschaften Danzigs und der Ortsvereine der Deutschen Gewerkschaften haben an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung folgende Eingabe gerichtet: „Dem löblichen Magistrat und den Herren Stadtverordneten der Stadt Danzig erlaube ich unterzeichnete die Denkschrift der anhängigen Arbeitervereine, betreffend die Arbeitslosenversicherung, die im vorigen Jahre eingebracht und von dem Magistrat und den Herren Stadtverordneten bis zum Stadtag zurückerstattet wurde, in Erinnerung zu bringen. Die von dem städtischen und dem industriellen Arbeitsnachweis herausgegebenen Zahlen liefern ein einwandfreies Zeugnis für die, trotz guter Konjunktur, große Arbeitslosigkeit. Eine Anzahl Großstädte hat im letzten Jahre Arbeitslosenunterstützungsstellen eingerichtet oder Schritte zur Einführung einer solchen unternommen. Die Arbeiter Danzigs hoffen zuversichtlich, daß der Magistrat und die Herren Stadtverordneten durch ihren Vertreter auf dem Deutschen Städteleg, Herrn Oberbürgermeister Scholz, dahin wirken werden, daß ein Beschluß zur Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung bis zur Einrichtung einer staatlichen herbeigeführt wird.“

Generalstreik im Pariser Bausewerbe. Die Pariser Bauarbeiter sind in den Generalstreik eingetreten. Die Demonstrationen der Bauarbeiter am Sonntag und Montag sind durch die Polizei verboten worden. Die Arbeiter Danzigs hoffen zuversichtlich, daß der Magistrat und die Herren Stadtverordneten durch ihren Vertreter auf dem Deutschen Städteleg, Herrn Oberbürgermeister Scholz, dahin wirken werden, daß ein Beschluß zur Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung bis zur Einrichtung einer staatlichen herbeigeführt wird.

Industriespionage. In einer in Chemnitz abgehaltenen Versammlung der Arbeitersekretäre der evangelisch-nationalen Arbeitervereine des Königreichs und der Provinz Sachsen wurde folgende hochinteressante Mitteilung gemacht: „Niederlands besucht ein Amerikaner angeblich im Auftrag des Staatsamtes der Vereinigten Staaten von Amerika deutsche Arbeiter und Arbeitersekretäre, um von ihnen genau spezialisierte Aufstellungen über die Lohnsätze und Herstellungskosten von Waren zu sammeln, die von Deutschland nach den Vereinigten Staaten exportiert werden. Insbesondere legt er Wert auf die Verhältnisse in der letzten Fertigindustrie. Angeblich sammelt er dieses Material, um die Lohnverhältnisse der amerikanischen Arbeiter besser beurteilen zu können.“

Verjüngung, bearbeitete Aufstellungen von deutschen Industriellen und deutschen Arbeitern zu erhalten, sind in den letzten Jahren wiederholt gemacht worden, aber fast ausnahmslos hat es sich darum gehandelt, Material für Leute zu sammeln, welche für eine Erhöhung der amerikanischen Schutzölle und damit für eine Schädigung der deutschen Arbeit tätig sind, und fast ohne Ausnahme ist das erlangte Material in einer für Deutschland außerordentlich nachteiligen Weise ausgebeutet worden. Wenn amtliche Stellen in Amerika Wert darauf legen, Aufstellungen über deutsche Löhne und Produktionskosten zu erlangen, so steht ihnen der Weg an die Regierung offen, die jedenfalls die objektivsten Aufstellungen zu erteilen imstande ist. Es ist nicht zu verstehen, daß amerikanische offizielle Behörden auf den Sonderbaren Weg verfallen sollten, sich authentische Aufstellungen durch in geheimen herumgeschickte Ausrunder zu suchen. Und diesem Grunde haben die verammelten nationalen Arbeitersekretäre beschlossen, dringend zu warnen, irgendwelche Aufstellungen nach dieser Richtung hin zu geben.“

Der Trier-Berliner Eisenbahnerverband macht, so schreibt das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“, zurzeit eine schwere Krise durch. Er tracht in allen Ecken. Die mit dem Streik des Gründers und ersten Vorsitzenden Holz angebaute Reform hat die innerlich schiefe Arbeit dieser Organisation nicht zu heilen vermocht; im Gegenteil, wenn man den jetzt sichtlich ausgeprägten Zustand und Stand und die dem zugrunde liegende Fäulnis innerhalb des Trier-Berliner Verbandes betrachtet, muß man zur Ueberzeugung gelangen, daß sich der Zustand des Verbandes bedenklich verschlimmert hat. Dem Holz'schen Verbands fehlt es an tieferem Gehalt, an größeren Idealen, an einer weitblickenden Leitung und infolgedessen auch an der notwendigen Erziehung und Schulung der Mitglieder. So ist's kein Wunder, daß die rivalisierenden führenden Personen, Strebertum und die Sucht nach materiellen Vorteilen Zustände zeitigen konnten, wie sie jetzt in dieser Organisation prägnant treten. Es ist ein geradezu widerliches Schauspiel, das sich schon seit Monaten zwischen den ersten führenden Kräften, dem Verbandsvorsitzenden Severin und dem Symbolischen Führer abspielt, und das auf der turbulent verlaufenen Generalversammlung in Halle zu einer Burleske wurde, einer Organisation staatlicher Angelegenheiten ganz und gar unwürdig.

Schon seit Ende vergangenen Jahres tobt der Streit zwischen Holzner und Severin und ihren persönlichen Gefolgschaften. In geheimen Rundschreiben und nachher in Flugblättern hat man sich die schlimmsten und ehrenrührigsten Vorwürfe entgegen geschleudert. Der Stand wurde so unerträglich, daß Severin gezwungen sein Amt niederlegte, da Holzner die Mehrheit von Vorstand und Aufsichtsrat auf seine Seite zu ziehen verstanden hatte. Der 8. Delegiertentag am 19., 20. und 21. Juni in Halle hatte nun die heilige Aufgabe, den Berg schmutziger Wäsche zu säubern, es sollte ein großes Reinemachen geben. Und es gab einen wahren Regenabath. Wie aus einem von einem Augen- und Ohrenzeugen stammenden Bericht im „Zentralorgan Deutscher Eisenbahnarbeiter und -arbeiter“ Nr. 14, 1911, hervorgeht, fanden die Verhandlungen auf dem denkbar tiefsten Niveau. Nicht wie Verbandskollegen, sondern wie geschäftige Gegner und persönliche Feinde hat man sich gegenseitig bekämpft, von praktischer Arbeit zur Vertretung der Interessen der Angestellten ließ man nichts. Einige Momentbilder aus den Verhandlungen sind bezeichnend. So beschwerte sich ein Delegierter, daß nach W.-Glabach seitens der Verbandsleitung Flugblätter geschickt seien, welche „sehr stark“ Angriffe gegen das Zentrum und Zentrumsgabgeordnete enthielten. Der Vorstand des Ortsvereins M.-Glabach habe diese Flugblätter den Mitgliedern „Agerweise“ nicht in die Hände gegeben, weil sonst das „größte Unheil“ entstanden wäre. Jäger (der Leiter der Generalversammlung und jetzige Verbandsvorsitzende) erwidert, daß diese Flugblätter sich leider „in die verkehrte Gegend“ verlaufen hätten. Für die Zukunft solle so etwas nicht mehr vorkommen, da erst immer eine Kommission prüfen werde, ob die Flugblätter für die „betreffende Gegend“ passen, oder ob sie überhaupt verandt werden sollen — also Neutralität je nach Bedarf und Bezirken! Von mehreren Delegierten wurde am Inhalt des Verbandsorgans schärfste Kritik geübt. Einer bezeichnete den geistigen Gehalt der Zeitung als „Quatsch“ und er meinte, das Organ eigne sich wohl „zum Kaputt schlagen“ des Verbandes, aber nicht zum Aufbau desselben.

Den Fall Severin-Holzner ließ man zuerst in einer Kommission beraten, trotzdem fehlte es noch fürmische Auseinandersetzungen und geistige Beschimpfungen ab. Severin wurde mit 95 gegen 68 Stimmen aus dem Verbands ausgeschlossen.



Abbruch eines Tarifvertrages führen könnten, sich nicht bereit erklärt haben. Besonders erfasste die Bauhilfsarbeiter große Entrüstung, daß die Arbeitgeber es abgesehen haben, mit denselben einen Tarifvertrag abzuschließen. Angeht die Lage, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Magdeburg bedeutend schlechter sind, als in den umliegenden kleinen Städten, beauftragt die Baukommission die Lohnkommission, darin zu wirken, daß 1. für Maurer- und Zimmererarbeiten der Stundenlohn mindestens um 1 Pf. höher festgesetzt wird, als der Tarifvertrag festsetzt; 2. daß auch für Bauhilfsarbeiter zu annehmbaren Bedingungen ein Tarif abgeschlossen wird. Mit den übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages erklärt sich die Baukommission einverstanden. Die Baukommission erachtet die Arbeitgeber, daß bis Montag, den 17. Juli, noch einmal eine Verhandlung stattfindet, welche erneut zum Abschluß eines Tarifvertrages Stellung nimmt. Eine Antwort wird bis Sonntag, den 16. Juli, bestimmt erwartet, und ist an untenstehende Adresse zu richten.

J. H. der Lohnkommission:  
Hof. Kranz, Posten, Halldorffstr. 41.  
Bezirk Saarbrücken.

**Fischbach-Camphausen.** Am Neubau der kath. Kirche in Fischbach wurde am 1. Juli unser Vertrauensmann Kollege Schmitt von dem Bauunternehmer Weber, Dudweiler, plötzlich entlassen, weil er morgens vor Beginn der Arbeit eine Einladung zur Versammlung an der Baustelle angeheftet hatte. Infolge dieses Vorgehens erklärten sich sieben Kollegen mit dem Gemäßigten solidarisch und legten die Arbeit nieder, während fünf Mann weiterarbeiteten. Von diesen fünf legten noch nachträglich zwei die Arbeit nieder. Der Unternehmer ging nun dazu über, die auf seinen Baustellen in Dudweiler tätigen Maurer an der Kirche zu beschäftigen. Augenblicklich muß er sich mit fünf Maurern und drei Bauhilfsarbeitern begnügen. Falls kein Zugang kommt, werden durch die Sperre auch die Anerkennung des Schiedsspruchs, 10 Pf. Lohnerhöhung, 1 Stunde Arbeitszeitverlängerung, sowie die Abschließung eines Tarifvertrages für Dudweiler und Fischbach erreicht werden. Erfolgreich ist bei dieser Bewegung auch die Sympathie der Berg- und Hüttenarbeiter in Fischbach, die mit ca. 300 Mann der christlichen Organisation angehören und sich in einer abgehaltenen Kartellversammlung verpflichtet haben, mit allen Kräften zu einem guten Ausgang der Bewegung beizutragen. Zugang ist fernzuhalten.

**Verbandsnachrichten.**

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 23. Juli, der einundzwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.

**Maurer.**

**Amberg.** Zu dem im „Grundstein“ jetzt auf der Tagesordnung stehenden Kapitel über „christlichen Terrorismus“ glauben wir auch die Amberger „Genossen“ ihr Scherstein beitragen zu müssen. Würden sie der Wahrheit die Ehre geben, so könnten sie nicht so fädel eine Verklemmung in die Öffentlichkeit setzen. Zur Steuer der Wahrheit sei festgestellt, daß in letzter Zeit Fälle vorgekommen sind, die den „Genossen“ das Schandmal der Verbrennung ausstrahlen. Sonst würden sie nicht öffentlich unsere Kollegen als „schwarze Lumpen“ beschimpfen. Erst kürzlich postierte er einem unserer Kollegen, daß er beim Betreten einer Wirtshaus als „Schwarzer“ usw. tituliert wurde und, als er sich das verbat, sogar mit schlagenden Beweisen von Freiheit und Würde bedacht wurde. Bezüglich des Ausschusses eines „Genossen“ aus einem Unterstützungsverein ist folgendes wahr: Die „Genossen“ wissen ganz genau, daß der angelegte Unterstützungsverein ein katholischer Arbeiterverein ist, und sie müssen doch selbst einsehen, daß ein waschechter „Genosse“ nicht Christ und Sozialdemokrat zu gleicher Zeit sein kann. Sehr richtig ist auch, wie sich der Kritiker der Bauhilfsarbeiter annimmt. Früher, als der Lohn derselben noch auf 20-22 Pf. stand, hat sich kein „Genosse“ gefunden, der sich ihrer angenommen hätte, im Gegenteil, folgt erklärte ihre „Obergenossen“ bei der ersten Bewegung in öffentlicher Versammlung, für einen ungeheuren Arbeiter treten wir nicht ein. Jetzt, wo dort unsere Eingetragenen wenigstens ein annehmbares Lohn für die Bauhilfsarbeiter erzielt wurde, entbehrt man auch kein gutes Herz für dieselben. Bezeichnend ist auch ein Vorfall, der sich kürzlich zuggetragen hat. Bei der Firma Bachmann, die ihnen, wie der Kritiker schreibt, sehr im Magen zu liegen scheint, legten am 22. Juni die „Genossen“ (Bauhilfsarbeiter), acht an der Zahl, plötzlich geschlossen die Arbeit nieder, und folg erklärte ihr Anführer, daß die Forderung überaus gesteuert werden müsse. Der überwiegende Teil der Bauhilfsarbeiter, der dem vollen Streikgang keine Folge leistete, wurde in lebenswüthiger Weise als „schwarze Lumpen“ beschimpft. Aber schon nach wenigen Tagen kamen sie, der Hauptingung voraus, um be- und wechslig wieder um Arbeit anzusprechen, also zum Streikführer an ihrer eigenen „Sperre“ zu werden. Möge die „Genossen“ ihre Bildung nur so weiter zeigen, jeder vernünftige besetzte Bauarbeiter muß sich doch mit Ekel von einer solchen Gesellschaft abwenden. Erbs ist doch bei den unabhängigen „Genossen“ schon selbst zu arg, wie die Beobachter zu uns in letzter Zeit beweisen. Kollegen, arbeiten wir nur so weiter, dann wird der Wackel der „Genossen“ bald wieder in die Hände gehen.

**Kattowitz.** Ein Protestversammlung hatte das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften für Mittwoch, den 5. Juli, im Saale des Herrn Reichardt (Kattowitz) anberaumt, die von annähernd 20 Personen besucht war. Redner waren die Gewerkschaftssekretäre Spohrer und Kowalsky. Es handelte sich um die Angriffe, die sich die Fachabteilungen „St. Berlin“ in einigen oberflächlichen Zeitungen gegen die christlichen Gewerkschaften und gegen Spohrer erlaubt hatten. Spohrer berichtete über die Vorgänge in Kattowitz und bezeugte das in die Presse geschickte Bericht als unecht und in ganz gehässiger Weise entfallen. Die Zeitung der Fachabteilungen habe sich geweigert, die Redner zu nennen, die den Bericht in die Presse gebracht hätten. Kowalsky sprach über die Tätigkeit der Fachabteilungen, von beiden Rednern wird bedauert, daß die katholischen Fachabteilungen „St. Berlin“ den gewerkschaftlichen Frieden gebrochen hätten, indem sie einen gehässigen Kampf führten. Gewerkschaftssekretär Spohrer schlug folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Die herliche am 5. Juli im Saale des Herrn Reichardt in Kattowitz abgehaltene von ungefähr 20 Personen besuchte christliche Arbeiterversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis, daß die Fachabteilungen in Kattowitz eine Protestversammlung abgehalten haben, welche am 31. Mai bei der christlichen Arbeiterversammlung dort abgehalten hat, und sich nachher selbst, die anonymen Beklamer mit Namen zu versetzen;

2. daß Arbeitersekretär Bull in wachheitwidriger Weise am 31. Juni in einer Versammlung in Kattowitz die christlichen Gewerkschaften verächtlich und von „verlogenen christlichen Gewerkschaftsführern, die ihre Mitglieder zum Massenhaß erziehen“, geredet hat;

3. daß Personen, die gar nicht dazu berufen und berechtigt erscheinen, die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu verleumern und die christlichen Gewerkschaften und ihre Bestrebungen als sozialdemokratisch hinzustellen suchen;

4. daß die Zeitschrift, die jetzt gegen die christlichen Gewerkschaften betrieben wird, nur eingeleitet wurde, um die eigenen Mitglieder über die Beitragszahlung, die die Fachabteilungen nicht einer Verschlechterung der Unterstufungen beschließen mußten, hinwegzuführen;

5. die christlichen Gewerkschaften werden „St. Berlin“ in seiner Kampfesweise nicht folgen, sondern an ihren sich gesetzten Zielen unentwegt weiterarbeiten zum Wohle ihrer Mitglieder. Die Verantwortung für eine derartige Kampfesweise und die dadurch entstehenden Folgen mögen diejenigen übernehmen, die wohl den Splitter bei andern, den Balken im eigenen Auge aber nicht sehen.“

**Aus unseren christlichen Verbänden.**

**III. Delegiertentag des deutschen Kranken- und Jrennpflegepersonals.** Der Deutsche Verband der Krankenpfleger und -pflegerinnen (Geschäftsstelle: Berlin N 58, Schönhauser Allee 136) hielt seinen III. Delegiertentag ab. Namens des Gesamtverbandes und des Berliner Kartells der christlichen Gewerkschaften begrüßten die Herren A. Schmidt und Redakteur Becker-Berlin den Verbandstag, auf die wichtigsten Anträge zu den Verhandlungen hinweisend. Ferner wurden Begrüßungen von Herrn Dr. med. von Nothe, Dr. med. P. Jacobsohn usw., von verbindeuten Ortsgruppen und Einzelmitgliedern (auch aus Dänemark) bekanntgegeben. Den Verbandstag leitete der erste Vorsitzende des Verbandes, Georg Streiter. Dessen Geschäftsbericht gab erfreuliche Daten. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 1420 in 140 Orten Deutschlands und des Auslandes. Der Kassenericht schließt in Einnahmen und Ausgaben für die letzten zwei Jahre mit ca. 36 000 M ab. Die Ausgaben erstreckten sich auf Unterstufungen, Bildungszwecke, Fachzeitschrift, Stellenvermittlung, Verwaltung usw. Der Kassenericht ist auf 2200 Mark angewachsen. In 153 Fällen konnten Rechtsauskunft und Nachschuß gewährt werden. 1500 Stellen wurden durch den Nachweis des Verbandes an die Mitglieder vermittelt. Es könnten mehr Bewerber berücksichtigt werden, wenn ein großer Teil der Anstaltsdirektoren, Ärzte, Privatkliniken und auch der Öffentlichkeit nicht die gewerbemäßigen Stellenvermittler unterläßt, sondern den unentgeltlichen Nachweis des Verbandes in Anspruch nähme (Sprechzettel: Amt III, 11327). Die Stellenvermittlung fordern bis zu 10 und 15 M von den Bewerbern. Der Verband gibt zweimal monatlich eine gediegene Fachzeitschrift „Der Krankenpfleger“ heraus (jährlich 4 M). Außerdem veranstaltet er sozialpolitische Erhebungen über die Lage des Berufes, Petitionen an Reichs- und Landtag, wissenschaftliche Vorträge usw. Die Gründung eines Krankenpfleger-Erholungsheims wird erstrebt. Den Aufsatz hierzu unterzeichneten Frau Reichsminister Dr. von Bethmann-Hollweg, Geh. Rat Dietrich vom Ministerium des Innern, Prof. Dr. Albrecht, Adolf Dammann, Pastor Dr. Philipp, Pastor H. Schneemelcher u. a. — Ab 1. April 1909 besteht eine obligatorisch eingeführte Krankengeld-Zusatzklasse, die schon über 1000 M an Mitglieder gezahlt hat. Die Einschreibgebühr für den Verband beträgt 1 M, ebensoviel der monatliche Beitrag. Der Verband, der die größte Organisation des sog. weltlichen Pflegepersonals darstellt, beschloß, einen Zentral-Stellennachweis für ganz Deutschland ab 1. Oktober 1911 zu gründen. Der Hauptvorstand und die Ortsgruppen zeichnen sofort die dazu erforderliche Summe.

Auf der bedeutamen Tagung hielt Herr Dr. med. K. Habel einen höchstinteressanten Vortrag über „Die soziale Organisation der Krankenpflegepersonen vom Standpunkte der Volkswirtschaft“.

Erwähnt sei noch, daß der Verband ausgedehnte parlamentarische Aktionen unternahm. Der Deutsche Reichstag, der preussische, bayerische und württembergische Landtag behandelten Petitionen des Verbandes. Insbesondere erstellte er in den letzten Jahren allein an Gehalts erhöhungen für das Pflegepersonal rund 70 000 M. Auch literarisch war der Verband durch seinen Vorsitzenden außerordentlich fruchtbar tätig. Zum ersten Male erschien (im Verlage von Gustav Fischer-Jena) eine Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Krankenpflegepersonals (210 S., 4,50 M). Ferner gab er Darstellungen der Lage in führenden staatswissenschaftlichen, medizinischen, volkswirtschaftlichen, Fachblättern usw.

Bestagt wurde, daß vereinzelt staatliche Anstalten den nicht sozialdemokratischen Verband in seinen Aktionen hindern. Ist es doch vorgekommen, daß eine staatliche Anstalt (Uchspringe) sogar in einem sozialdemokratischen Blatte wegen Pflegepersonal annoncierte, während Mitglieder der obigen nationalen Organisation der Krankenpfleger in der Anstalt nicht geduldet werden. Der bisherige Vorstand und die Kontrollkommission wurden wiedergewählt. — Möge der Verband durch die beteiligten Berufskreise und die Öffentlichkeit reiche Stärkung erfahren.

**Volkswirtschaftliches u. Soziales.**

**Einkommen und Mietleistung.** Das Verhältnis vom Einkommen und Wohnungsgröße zur Miete war Gegenstand von Untersuchungen, die in den letzten Jahren von mehreren deutschen Städten veranlaßt wurden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen hat das Reichsstatistische Amt verarbeitet und in jüngerer Zeit im „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlicht. Trotz aller Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Städten zeitigte das Material über das Verhältnis von Einkommen und Miete einwandfrei folgende zwei wichtige allgemeine Ergebnisse: 1. je ärmer jemand ist, desto größer ist die Summe, die er im Verhältnis zu seinem Einkommen für die Wohnung verausgaben muß. Je niedriger das Einkommen, desto höher die Miete; 2. der Anteil der Miete ist bei den kleinen Einkommen geringer, bei den großen geringer. Ueberblickt man die Ergebnisse der Untersuchungen über das Verhältnis zwischen Wohnungsgröße und Miete in den einzelnen Städten, so findet man überall, daß der Mietpreis für einen Kubikmeter in den kleinsten, am dürftigsten ausgestatteten Wohnungen besonders hoch ist. Je kleiner die Wohnung, um so teurer ist sie im Verhältnis zum Geboteneren zu bezahlen. Die kleinste Behausung von 10 Kubikmetern Raum ist fast fünfmal so teuer wie die etwa zwanzigmal so große Wohnung von etwa 220 Kubikmeter. Die Kleinwohnungen, auf welche die große Mehrheit der Bevölkerung angewiesen ist, sind verhältnismäßig um so billiger, je größer sie sind; die größeren Wohnungen aber sind verhältnismäßig billiger als die kleineren Wohnungen. Daraus geht hervor: je kleiner die Wohnung, desto teurer die Miete.

**Von den Arbeitsstellen.**

1. Juli ereignete sich in der Branerei „Zur alten Seite“ ein tödlicher Unfall. Dort wurde ein eiserner Schwanz aus mehreren Teilen angepaßt. Als das Schwanzstück in einer Höhe von 7-8 Metern war, riß das Zugseil und das Stück Schwanz fiel in die Tiefe. Hierbei wurde

unser Mitglied Theob. Benoit so unglücklich getroffen, daß der Tod sofort eintrat. Das Seil wurde sofort beschlagnahmt. Die Untersuchung wird ergeben, wen die Schuld trifft.

**Banne.** Ein Einsturz, der leicht schwere Folgen hätte nach sich ziehen können, ereignete sich vorige Woche am Neubau Marx u. G. H. G., Bahnhofsstraße. Dort stürzte, während verschiedene Kollegen im unteren Stockwerk ihr Mittagessen verzehrten, eine vier Meter hohe Giebelwand aus Eisenfachwerk zusammen. Zum Glück hatten die Kollegen eine Betonbede über sich und kamen so mit bloßem Schreck davon. Das Unglück ist auf eine leichtsinnige Konstruktion zurückzuführen. An dem Bau sind, mit Ausnahme eines einzigen christlich Organisierten, nur Unorganisierte beschäftigt.

**Briefkasten.**

G. M. Duisburg. Die Firma muß 36-Pfg.-Marken Nebenverständige dich doch mit Kollege Schilling, zwecks Abänderung

**Literarisches.**

Ein sehr praktisches Buch für Maurer, selbst den tüchtigsten Polierern zu empfehlen, ist das Werk „Wolfs praktische Ausführung der Maurerarbeiten“. Preis gebunden 7,50 Mark, denn in demselben sind die einfachsten und schwierigsten Arbeiten genau so gegeben, wie dieselben praktisch ausgeführt werden. Außerdem hat sich der Verfasser bemüht, es jedem, namentlich den Praktikern, durch deutliche Erklärung leicht faßlich zu machen, und deshalb alle unverständlichen Ausdrücke, wie Fremdwörter, Buchstabenrechnungen und dergleichen vermieden. Die gesamte Ausführung ist durch Figuren und Buntdruckmodelle deutlich klargestellt, so daß es in der Praxis kaum deutlicher und übersichtlicher geboten werden kann, zumal in dem Buche zusammenlegbare Modelle gegeben sind, welche die wirkliche Form darstellen. So sind z. B. von den Maurerarbeiten die einzelnen Schichten und Gewölbe mit Möblierung und darauf liegender Schalung isometrisch aufeinanderliegend gegeben. Ebenso auch das Austragen der Bogen und Gewölbe, das Berechnen der Rinnen, Flächen und Körper und die Ausführung der Treppen und massiven Decken aus Ziegel und Formsteinen, Zement und Eisenbeton. Das Buch ist bei dem jetzigen Hasten und Treiben, wodurch die Mehrzahl die wichtigsten Arbeiten kaum kennen, geschweige noch ausführen lernen, aber im vorkommenden Falle ausführen müssen, jedem Maurer sehr zu empfehlen. Bestellungen nimmt Gustav Wolf, Architekt, Leipzig-Schleusenpfl., Debersir. 18, selbst entgegen.

**Das Gesundheitsproblem in der Krankenpflege.** Von Georg Streiter. (Heft 349/50 der Sammlung „Kultur und Fortschritt“, Verlag Felix Dietrich, Gaußsch bei Leipzig.) 1911, 26 Seiten, 80. Preis 0,50 M. Unter diesem Titel hat Georg Streiter, der Vorsitzende des dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Krankenpflegerverbandes, soeben eine neue Schrift erscheinen lassen. Sie führt uns in das Hauptproblem der weltlichen Krankenpflege ein: „Gehört der männlichen oder weiblichen Krankenpflege die Zukunft?“ Streiter gibt zu, daß das weibliche Pflegepersonal die Pflege an Zahl überholt hat, behauptet aber, daß das männliche Pflegepersonal an Ausbildung, technischer Fertigkeit, Treue im Beruf usw. den Pflegerinnen (besonders den weltlichen Schwestern) — die geistliche Krankenpflege läßt Streiter außer Betracht — mindestens gleichwertig ist. Wenn der Pfleger in der Öffentlichkeit bei Ärzten usw. heute noch ein weniger gutes Ansehen genießt wie die Pflegerinnen, oft auch schlechter entlohnt ist, so liegt das nach Streiter einzig daran, daß das männliche Pflegepersonal bei weitem nicht so straff organisiert ist, wie die Pflegerinnen. So klingt denn die lehrreiche, anschaulich geschriebene Schrift in einem Ruf an das männliche Pflegepersonal aus, mehr als bisher sich einheitlich zu organisieren.

**Bekanntmachungen.**

**Achtung, Arbeitslose.**  
Nach Offen a. N. werden sofort Maurer, Zimmerer und Stukaieure gesucht. Zu melden auf dem Verbandsbureau Trohnhäuser Straße Nr. 19.

**Anforderung.**  
Der Maurer August Hansmann aus Albxen (Kreis Görlitz) und der Bauhilfsarbeiter Fritz Scholl aus Weehme (Görlitz) gebürtig aus der Schweiz, werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen als Hauskassierer der Zahlstelle zuwannt gegenüber nachzukommen. Kollegen, die den Namenfall genannt wissen, werden gebeten, deren Adresse sofort dem Kollegen W. Faupel, Banne, Hermannstraße Nr. 19, mitzuteilen.

**Achtung! Verwaltungsstelle Randsau-Kreuzendorf.**  
Sämtliche Verbandsmitglieder eruchen wir, nachstehende sehr wichtige Verammlungen zu besuchen und bei der am Sonntag, den 23. Juli, stattfindenden Hausagitation, sowie auf den Feststellen für starken Besuch Sorge zu tragen: Zahlstelle Kreuzendorf, Sonntag, den 30. Juli, 11 Uhr vormittags, im Markischen Saale (Deutscher Kaiser) in Reichthal. Nachmittags 4 1/2 Uhr im Gasthaus zu Pankow. Am Sonntag, den 6. August, 11 Uhr vormittags, bei Müldert in Randsau. Nachmittags 3 1/2 Uhr bei Herrn Matischek in Schwitz.  
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.  
Der Vorstand.

**Berichtigung.** Im Beistatikel der letzten „Baugewerkschaft“ ist ein bedauerlicher Irrtum durch das Untereinandergeraten zweier Zeilen gleichen Inhalts und Weglassens der richtigen Zeile entstanden. Die zwei Sätze wurden damit auseinandergerissen und ging der eigentliche Sinn verloren. Sie müssen lauten:  
„Die Arbeitgeber haben wirtschaftliche Berufsorganisationen; die „freien“ Gewerkschaften sind sozialdemokratische Parteioorganisationen. Damit wird der Absentismus der religiös und politisch andersdenkenden Arbeiter von selbst gegeben.“

**Tirbetafel.**

Am 1. Juli starb unser treuer Kollege und Mitbegründer unserer Zahlstelle Franz Ehen im Alter von 35 Jahren an Lungentzündung. Wir verlieren in ihm einen unserer tüchtigsten Kollegen und werden sein Andenken ehren.  
Zahlstelle der Bauhilfsarbeiter Dortmund.  
Am 4. Juli starb unser Kollege Theodor Benoit infolge Unfalls.  
Zahlstelle Nachen (Zimmerer).  
Am 6. Juli starb unser Kollege Alfons Kulte im Alter von 19 Jahren infolge Schwindsucht.  
Zahlstelle Dortmund (Maurer).  
Ehre ihrem Andenken!